

Sein Streben nach Freiheit und Gleichheit ist die Grundlage aller politischen Forderungen. Die Freiheit ist die Voraussetzung für die Entwicklung des menschlichen Geistes und die Grundlage für die Erringung der Freiheit. Die Freiheit ist die Voraussetzung für die Entwicklung des menschlichen Geistes und die Grundlage für die Erringung der Freiheit.

DIE POLITISCHE

KRISE

DER GEGENWART

Nieder mit den Parteien!
 Sie retten uns nicht, sie verwahren nur unsere Rückständigkeit. Sie hindern unsern deutschen Volksgenossen die Teilnahme an der Weltarbeit.

Nieder mit dem Staat!
 Wir wollen die restlose Selbstverwaltung der deutschen Bevölkerung im freien deutschen Reich.

Nieder mit den Parteien!
 Arbeiter, Bauern, schaffendes Volk!
Nieder mit dem Staat!

Nieder mit den Parteien!
 Sie hindern uns nicht, sie verwahren nur unsere Rückständigkeit. Sie hindern unsern deutschen Volksgenossen die Teilnahme an der Weltarbeit.

VERLAG J. H. W. DIETZ NACHF. GMBH BERLIN S.W. 68



Die politische Krise der Gegenwart

Von Dr. Otto Landsberg, M. d. R.

Nach einem Vortrag,
gehalten in der Freien Sozialistischen
Hochschule in Berlin am 17. Januar 1931

Preis 25 Pfennig



1 9 3 1

Verlag J. H. W. Dietz Nachf., G. m. b. H., Berlin SW 68

Die politische Krise der Gegenwart

Verehrte Anwesende! Morgen sind 60 Jahre seit dem Tag verflissen, an dem in Versailles das Deutsche Reich begründet worden ist. Der Einheitsraum des deutschen Volkes war, wenn auch nur in beschränktem Umfange, verwirklicht. Die Einheit eines erheblichen Teiles der Deutschen war erlangt, — ohne die Freiheit. Die Gründung des Deutschen Reiches, deren 60. Geburtstag morgen gefeiert wird, gibt dem Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung eine ganz ausgezeichnete Waffe in die Hand, ein vorzügliches Beispiel für die Richtigkeit der Auffassung von der treibenden Kraft auf dem Gebiete der Geschichte. Sie wissen, daß die materialistische Geschichtsauffassung die persönliche Leistung der Führer eines Volkes nicht gering schätzt, daß sie aber die Richtigkeit des Salzes auf das Entschiedenste bestreitet, daß Männer die Geschichte machen. Sie erblickt als das treibende Moment in der Geschichte das wirtschaftliche Interesse der herrschenden Klasse. Die Klassenkämpfe sind nach ihr dasjenige, was sich in der Geschichte am deutlichsten ausprägt.

Nun stellen Sie einen Gegner der materialistischen Geschichtsauffassung, einen derer, die der Ansicht sind, daß die Gründung des Deutschen Reiches allein das persönliche Verdienst Bismarcks gewesen ist, vor die Frage: Hätte Bismarck, wenn er im 18. Jahrhundert gelebt hätte, die Gründung des Deutschen Reiches vollziehen können? Hätte er sie in noch früherer Zeit herbeiführen können? Ein Kenner der Geschichte und ein ehrlicher Mann wird diese Frage ohne weiteres verneinen. Der Einheitsraum im deutschen Volke gehörte seiner Jugend, seinen Idealisten. Er konnte nach außen so lange nichts bewegen, bis die wirtschaftliche Entwicklung, bis der Kapitalismus einen Zustand der Wirtschaft herbeigeführt hatte, in dem die herrschende Klasse an einem erweiterten Markt auf das dringendste interessiert war, und das Verdienst des Staatsmannes, den man als den Gründer der Einheit des Reiches betrachtet, ist, wie das Verdienst der sogenannten großen Männer in der Geschichte überhaupt, das, daß er die Bedingungen für die Tat, die er plante und die er vollzog, als gegeben erkannte. Wenn man der Persönlichkeit eine derartige Rolle in der Geschichte zuweist, verkleinert man sie ganz und gar nicht. Was man ihr hinsichtlich der Ausführung des Werkes nimmt, das gleicht man durch die Aufdeckung des ihr eigenen Scharfblicks aus, der sich nicht nur über die Notwendigkeiten der Zeit klar war, sondern auch darüber, daß der Augenblick gekommen war, um zu handeln und ein bestimmtes bedeutendes Werk zu vollenden.

Der jahrhundertlange Kampf zwischen Oesterreich und Preußen um die Hegemonie in Deutschland war vorüber. Er hatte mit dem Siege Preußens geendet. Daß dieser Sieg auf Schlachtfeldern errungen war, davon legte die Verfassung des neuen Reiches in jedem ihrer Artikel Zeugnis ab. Das am 18. Januar 1871 in Versailles gegründete Reich war ein vergrößertes Preußen. Der König von Preußen hatte die völkerrechtliche Vertretung des Bundes, der Deutsche Reich hieß. Zur Erklärung eines Verteidigungskrieges bedurfte er nicht einmal der Zustimmung des Bundesrats. Preußen hatte das Recht des Vetos auf dem Gebiete der Militärgeschgebung und auf dem Gebiete der Gesetzgebung über die Zölle und indirekten Steuern. Der Bundesrat — das Oberhaus, wie man sagen kann — bestand aus den Vertretern der einzelnen deutschen Länder oder, wie man damals noch sagte: Staaten. Im Bundesrat, der auf dem Gebiete der Gesetzgebung vollkommen gleichberechtigt neben dem Reichstag stand, stimmten die 17 preußischen Stimmen einheitlich ab. Es war nicht wie heute, daß die preußischen Stimmen in Staats- und Provinzialstimmen zerfielen, welche lebhafte oder keinerlei Instruktionen der Staatsregierung gebunden sind. Gegen Preußen war im alten Deutschen Reich jede Verfassungsänderung unmöglich. Die preußischen Stimmen im Bundesrat wurden von dem Reichskanzler in seiner Eigenschaft als preußischer Ministerpräsident instruiert. Die preußische Regierung war identisch mit der Leitung der Reichsämter, wie die Reichsministerien damals hießen. Es gab in der Zeit des Obrigkeitstaats im Reiche nur einen Minister, den Reichskanzler, dessen Verantwortlichkeit auf dem Papier stand. In seinem Auftrag übten die Chefs der Staatsämter, die Staatssekretäre ihr Amt aus. Preußens Eisenbahnen beherrschten ganz Nord- und Mitteldeutschland. Die norddeutschen Kleinstaaten, deren Gebiet in das preußische Gebiet eingeprengt war, konnten weder wirtschaftlich noch politisch der preußischen Vormacht den geringsten Widerstand leisten. Preußen hatte nicht weniger als drei Fünftel der Bevölkerung des Reiches, aber das Gewicht, das auf dieser Ueberzahl beruhte, wurde noch durch Militärkonventionen und Verträge anderer Art mit einzelnen deutschen Staaten erhöht. Der Reichskanzler stützte sich im Bundesrat auf die Vormachtstellung Preußens.

Das waren die wesentlichen Grundzüge der Reichsverfassung von 1871. Oesterreich war aus Deutschland verdrängt, und der Hintertgedanke, der dabei eine Rolle spielte, war der, daß die Deutschen Oesterreichs, die ungefähr den dritten Teil der österreichischen Bevölkerung ausmachten, das heterogene Konglomerat von Nationen, das sich Oesterreich nannte, für alle Zeit und in alle Ewigkeit beherrschen sollten. Sie sollten, so wollte es Bismarck, man kann sagen: für immer dem österreichischen Staat den deutschen Charakter aufprägen. Es ist charakteristisch für die Menschenverachtung Bismarcks, daß er nicht im Traum an die Möglichkeit gedacht hat, daß der Zeitpunkt kommen könnte, in dem die Slaven verschiedenster Art und die Italiener ihre nationalen Ansprüche geltend machen und das nicht immer sanfte deutsche Loch abschütteln würden. In den 50er Jahren hat der deutsche Dichter Grillparzer erkannt und geschrieben: Alle an-

deren Länder Europas werden von der Entwicklung der nationalen Idee gewaltige Vorteile haben, nur ein einziges nicht: mein Land Oesterreich; es wird an der nationalen Idee zugrunde gehen, die nationale Idee wird Oesterreich sprengen. Der Dichter hatte die Zukunft geschaut, der Staatsmann Bismarck war sich über die Unmöglichkeit des Gedankens im Klaren, ein Stück deutschen Landes mit einer Minderheit deutscher Bevölkerung zu dem Zwecke der Herrschaft dieser deutschen Minderheit über eine anderssprachige Mehrheit vom Deutschen Reiche abzutrennen.

Bismarck hat in seinen letzten Jahren öfter mit dem Gedanken gespielt, das Reich wieder aufzulösen, allerdings nur für kurze Zeit, zu dem Zwecke, das ihm unbequem gewordene allgemeine, gleiche, direkte und geheime Reichstagswahlrecht aus der Welt zu schaffen. Er konstruierte in staatsrechtlich unmöglicher Weise so, daß er sagte, das Deutsche Reich und die Verfassung des Deutschen Reiches beruhen auf einem Bunde der Fürsten. Die Fürsten könnten den Bund, den sie geschlossen hätten, auch wieder auflösen und den von ihnen geschlossenen Vertrag ändern, — im konkreten Falle dahin, daß dieser Vertrag fortan das Reichstagswahlrecht nicht mehr enthielt. Vergessen war dabei nur die Kleinigkeit, daß aus dem Bunde der deutschen Fürsten, der allerdings der Reichsverfassung zugrunde lag, ein Reichsgesetz geworden war, und daß ein Reichsgesetz nur durch ein anderes Reichsgesetz wieder aufgehoben werden konnte. Als in dieser Gedanke der vorübergehenden Auflösung des Reiches in der Luft schwirrte und erörtert wurde — selbstverständlich fand sich auch ein Professor des Staatsrechts, ein Herr von Jagmann aus Heidelberg, der die Bismarcksche Theorie für vollkommen einwandfrei und absolut richtig erklärte —, da sagte ein sozialdemokratischer Redner im Reichstag zu Bismarck: Machen Sie die Reichsbude zu, so machen wir sie wieder auf! Damals entstand dieses Wort, das man für ein Erzeugnis krankhafter Selbstüberschätzung hielt, ungeheure Heiterkeit. Als aber die Katastrophe von 1918 kam, da erwies sich, daß jener sozialdemokratische Redner — es war Ignaz Auer — ein Prophet vom Range Grillparzers gewesen war. Ende 1918 brach das Bismarcksche Reich an den Fehlern seiner Struktur zusammen. Die Klage Bethmanns, daß Deutschland im Weltkrieg infolge der Unvollkommenheit seiner Verfassung unterlegen sei, ist durchaus berechtigt. Die Reichsverfassung war auf eine gewaltige Persönlichkeit zugeschnitten, die das politische Denken für ein 60-Millionenvolk übernommen hatte, sie war zugeschnitten auf einen Monarchen, der ohne Eifersucht einen Minister, der die königliche Gewalt in Wirklichkeit ausübte, duldete. Sobald diese beiden Voraussetzungen weggefallen waren, war das Reich in der Form, die ihm Bismarck gegeben hatte, erschüttert.

Das war die letzte Ursache des Zusammenbruchs vom November 1918, und die letzte Ursache dessen, was dann nach dem Zusammenbruch in die Erscheinung trat. Nehmen wir an, daß Frankreich oder England im Weltkrieg zusammengebrochen wären wie Deutschland. Halten Sie es für möglich, daß, wie es

ein Lieblingsraum Wilhelms II. war, das alle Burgunderreich wiedererstanden wäre, oder daß die Provence sich zu einem selbständigen Staat gemacht hätte, oder daß England in ein südenligisches und ein nordenglisches Reich zerfallen wäre? Kein Mensch wird auf den Gedanken kommen, etwas Derartiges für möglich zu halten, weil in diesen Ländern, die durch talkräftige Monarchen schon vor hunderten von Jahren geeint worden sind — nicht immer in einer den Moralhelden befriedigenden Weise — ein Staatsgefühl bestand, und weil ein deutsches Staatsgefühl in Deutschland nur höchst unvollkommen entwickelt war. In diesem Lande, in dem man in erster Reihe Preuße oder Bayer oder Anhaltiner oder Lipper und erst durch diese Staatsangehörigkeit Deutscher war, konnte ein einheitliches Staatsgefühl nicht aufkommen, und so haben wir es Ende 1918 erlebt, daß da und dort an allen Grenzen des Reiches sich zentrifugale Tendenzen bemerkbar machten, denen oft die Berechnung zugrunde lag: trennen wir uns vom Reiche, bilden wir einen selbständigen Staat, den wir vielleicht unter den Schutz der Siegermächte stellen, so können wir für unser besonderes Gebiet einen billigeren Frieden davontragen und können die Preußen, — nicht in ihrem Fehl schimmern, aber in ihrer Not allein lassen! Was haben wir in Rate der Volksbeauftragten damals nicht alles erlebt! Da trugen sich im Osten Männer wie Herr von Balocki und andere mit dem Gedanken der Bildung einer selbständigen Ostdeutschen Republik, die aus Ostpreußen, Westpreußen, dem bei Deutschland verbleibenden Teile Posen, Danern und Brandenburg bestehen sollte. In Schleswig-Holstein spukte in vielen Köpfen der Gedanke einer Nordischen Republik. Wie sich die separatistischen Tendenzen im Westen des Reiches ausgewirkt haben, ist Ihnen bekannt. In Bayern kam der Gedanke auf, die österreichischen Alpenländer mit Bayern zu vereinigen und einen süddeutschen Staat zu gründen, der wahrscheinlich das erste Mitglied eines neuen Rheinbundes geworden wäre. Eines Tages kamen sogar die Schlesiener zu uns und sagten, sie wollten eine besondere Schlesische Republik gründen. In Oberschlesien waren nämlich separatistische Tendenzen aufgeblüht, und in dieser Zeit der allgemeinen Verwirrung erschreckte das in Breslau derart, daß man die Absonderungsbestrebungen deren Gefährlichkeit man erkannte, nicht anders unschädlich machen zu können glaubte, als durch die Vereinigung sämtlicher Teile Schlesiens zu einer schlesischen, von Preußen getrennten Republik, die neutral werden sollte, natürlich mit dem Vorbehalt, später, wenn die Zeiten besser geworden seien, wieder zum Reiche zurückzukehren. Ich werde niemals den Tag vergessen — es war der 30. Dezember 1918 —, an dem ich als geborener Schlesier in den Rat der Volksbeauftragten nach Breslau geschickt wurde, um den Vertretern der separatistischen Tendenzen entgegenzutreten, den Tag, an dem ich in dem ehrwürdigen Rittersaal des Rathauses mit den Herren — wie hießen sie doch? — Rejneck, Latatz und Werner, dem Generaldirektor von Schabatsch, der während des Krieges Alldösterreich und Vaterlandsparleier gewesen war, gerungen habe, mit dem Erfolg, daß sie schließlich die Aussichtslosigkeit ihres Vorhabens erkannten und wütend die Konferenz verließen.

Diese separatistischen Tendenzen, mit denen wir damals voll und ganz zu tun hatten, waren, da einmal ein einheitliches Staatsgefühl fehlte und da die Verfassung direkt dazu erzog, dem engeren Gebiet, dem jemand angehörte, den Vorzug vor dem Ganzen des Reiches zu geben, erklärlich! Denn wie es damals mit uns stand, wissen Sie. Die Finanzen und die Wirtschaft waren zerrüttet. Die Wirtschaft war auf die Bedürfnisse des Krieges umgestellt und mußte jetzt von einem Tage zum anderen wieder auf die Bedürfnisse des Friedens umgestellt werden. Es fehlte an Rohstoffen, Halbfabrikaten, Lebensmitteln und Kleidung. Die Blockade dauerte fort, und die Währung war bereits in hohem Maße erschüttert. Und nun machte die Geschichte einen ganz allerliebsten Scherz. Wir Sozialdemokraten im Rate der Volksbeauftragten hätten damals tatsächlich alles machen können. Wir hätten die Sozialisierung des Großgrundbesitzes dekretieren können. Die Folge wäre nur gewesen, daß der Boden nicht einmal die unzureichende Menge von Lebensmitteln hergeben hätte, die er bis dahin zur Verfügung gestellt hatte. Und wo war dann das landungstüchtige Proletariat, das sich danach scharte, seine eigene Scholle zu haben? Das war in Rußland vorhanden, aber nicht in dem industriellen Deutschland, in dem seit Generationen die jüngeren Bauernsöhne, die ländlichen Proletarier in die Stadt und in die Fabriken geströmt waren. Wir hätten damals die Großindustrie sozialisieren können, gewiß. Aber wir waren uns darüber klar: wenn wir das in einer Zeit gemacht hätten, in der die Umstellung von der Kriegsproduktion auf die Friedensproduktion und die Wiedereinstellung ihrer aus dem Kriege heimkehrenden Soldaten in die Fabriken erforderlich war, dann hätten wir die Industrie in die unheilvollste Verwirrung gebracht. Wir waren uns im klaren über das, was unmöglich, aber auch über das, was möglich war. Möglich und notwendig war die Begründung der Demokratie, die es dem deutschen Volke ermöglichen sollte, sein Schicksal und die Erhaltung der Einheit des Reiches selbst in die Hand zu nehmen. Sie haben wir ins Auge gefaßt.

Unsere Bestrebungen waren von Erfolg gekrönt, und so hat die Sozialdemokratie, die Bismarck gehaßt hat, wie nur er hassen konnte, sein Werk erhalten. Das deutsche Volk zeigte gesunden Sinn. Wenn es sich in seiner furchtbaren Lage irgend einem Quacksalber anvertraut hätte, ganz gleich, in welchem politischen Lager er stand, dann hätte man ihm mildere Umstände zubilligen müssen. Aber es vertraute der Sozialdemokratie, und es hat nicht unrecht daran getan. Ist diese geschichtliche Leistung der deutschen Sozialdemokratie heute schon vergessen? Wo waren damals die früheren Machthaber? Wenn es nach dem Hochstehenden von Ihnen geschickte worden wäre, hätte wir die Regierung Deutschlands nach Amerongen verlegen müssen! Wo war damals ein Diktator? Es hat sich niemand um den Lorbeer der Diktatur gerissen.

Dieser Tage las ich in der Zeitschrift „Die Tat“ einen Artikel des bekannten Philosophen Professor Leopold Ziegler. Dieser Herr wurde vor der letzten Reichstagswahl — der weiß nicht, von welcher Partei — aufgefordert, ihren Wahlauftrag zu unterzeichnen und hatte darauf mit einer längeren Ausarbeitung geantwortet,

die er jetzt in Artikelform publiziert hat. In dieser Antwort sagt er, das Gewissen verleihe es ihm schließlich, sich überhaupt noch an Wahlen zu beteiligen. Er wendet sich an die, die mit ihm das Gesicht Deutschlands geistig prägen und einem neuen Zeitalter zur Geburt verhelfen wollen, mit der Mahnung, sich gleich ihm grundsätzlich dem jetzigen politischen System zu versagen und zu warten, bis ihre Stunde geschlagen habe. Als Grund für die absolute Verdammung des politischen Systems der Gegenwart führt er an, daß der heutige Schlaf von den Parteien beherrscht werde, daß sein Parlament eine Auslese der Minderwertigkeit sei und die geistigen Menschen, die wenigen echten Vertreter des deutschen Volkes von Geistesgenaden, mit tödlicher Sicherheit von sich aussperre.

Sehen Sie, verehrte Anwesende, da haben Sie in Reinkultur das, was man unter Krise des Parlamentarismus versteht. Denn wenn man von einer Krise spricht, meint man nicht die technischen Schwierigkeiten, die das Parlament zu bewältigen hat, und die es nur schwer zu lösen imstande ist angesichts der Tatsache, daß der Deutsche Reichstag eine antiparlamentarische Minderheit von weit über 200 Abgeordneten hat, sondern man meint damit die Krise der Grundlagen des heutigen Staates. Man meint also die sogenannte Parteiherrschaft, man meint damit die systematische Unzulänglichkeit der Demokratie, man meint die Tatsache, daß nicht irgendein in den Wolken schwebender hochgestellter Mann, der außerhalb des politischen Kampfes steht, die Führer der deutschen Nation bestimmt, sondern daß sie aus den sich zu einer Mehrheit vereinigenden politischen Parteien hervorgehen.

Wenn man diese Grundlagen des demokratischen Deutschlands als wurmlüchig, als morsch, als nicht geeignet, das Gebäude des Staates zu tragen, bezeichnet, so faßt man das unter dem Begriff zusammen: die Krise des Parlamentarismus, die die einen durch die Rückkehr zum alten System, zum Obrigkeitsttaat, überwinden wollen, die anderen aber durch einen kühnen Sprung zur Diktatur. Nun könnte m. E. von einer Krise des Parlamentarismus doch nur dann die Rede sein, wenn allenfalls, was das parlamentarische Regierungssystem besteht, eine solche Krise, ein Nagen an den Grundlagen der Verfassung in wachsendem Maße zu verzeichnen wären, und wenn andererseits überall dort, wo die parlamentarische Verfassung nicht besteht, eitel Glück und Zufriedenheit mit dem, was man hat, vorhanden wäre; das eine ist aber so wenig der Fall wie das andere. Ich sehe Sie nach Amerika, nach England, nach Frankreich: in allen diesen Ländern ist von einer Erschütterung des Parlamentarismus rein gar nichts wahrzunehmen. Es ist heute Mode geworden, daß sich, man möchte beinahe sagen: jede Regierung ihr Häuflein Faschisten hält. Ich glaube, wenn ich Ministerpräsident wäre, ich würde auch in die Versuchung geraten, mir ein solches Häuflein, natürlich möglichst klein, von Narren zuzulegen, — als abschreckendes Beispiel!

Ich glaube, daß nichts so geeignet ist, die großen Massen vernünftig zu machen, wie der Anblick eines Häufleins von berufsmäßigen Skandalmachern, von Hohlköpfen von Menschen, die weiße Mäuse und Blindschleichen in die politische Arena bringen. Aber in allen diesen Ländern ist keine Abkehr der Massen von

dem Gedanken des Parlamentarismus absolut nicht wahrzunehmen.

Und wie ist es in den Ländern, die mit einer Diktatur gesegnet sind? Zwei von diesen Ländern, Litauen und Spanien, sind bereits aus der Reihe gelanzi und erklären sich mit den gemachten Erfahrungen für befriedigt. Und wenn in Italien, in Polen und in Rußland jede Gesinnung verpönt ist, die die Existenzberechtigung des dort herrschenden Systems in Frage stellt, wenn in diesen Ländern die elementarsten bürgerlichen Rechte mit Füßen getreten und jedem Gegner des Systems versagt werden, wenn es keine Vereins- und Versammlungsfreiheit, wenn es kein Koalitionsrecht, keine Pressfreiheit gibt, wenn das herrschende Diktatorsystem alle diese Rechte, die mit uns geboren sind, zum mindesten seinen Gegnern vorenthält, — läßt das etwa auf große Zufriedenheit der Massen der Bevölkerung mit dem herrschenden System schließen oder auf das Gegenteil? Dem Manne, der das Regierungssystem seines Landes liebt, der ihm anhängt, braucht man doch alle diese Rechte nicht vorzuenthalten! Die Knebelung jeder Opposition läßt die Angst, läßt die Ueberzeugung der Machthaber erkennen, daß sie nicht jedem Bauern und jedem Bürger ihr Haupt in den Schoß legen können, daß sie sich nur durch die krasseste Gewalt behaupten können. Todesurteil für angebliche Straftaten, die in demokratischen Ländern kaum mit Geldstrafen geahndet werden würden, sind kein Beweis für die Sicherheit der Verfassung, die durch solche Justiz- oder Nichtjustizexzesse geschüttelt werden soll.

Wir sehen, daß in allen Ländern, denen es wirtschaftlich schlecht geht — und welchen Lande mit Ausnahme allfalls von Frankreich ginge es denn heute auch nur befriedigend? —, in allen Ländern wenigstens, die nicht lange Zeit durch die Schule der Demokratie gegangen und deshalb politisch erzogen sind, für den schlechten Stand der Wirtschaft, insbesondere für die große Arbeitslosigkeit des Regierungssystem verantwortlich gemacht wird. Das kommt schließlich auf das bekannte französische Witwort heraus: Es ist heute verdammt schlechtes Wetter; nieder mit der Regierung! Viele Menschen fragen nicht danach: woher die wirtschaftliche Krise, woher die Not, woher die Arbeitslosigkeit, sondern sie machen für alle diese Misere in die auf Ruder befindliche Regierung verantwortlich. Was besonders uns in Deutschland anlangt, so können wir sagen: die Gegner der Demokratie, die kein gutes Haar an ihr lassen, haben ein gewaltiges Glück, das zugleich das unsrige ist, daß sie nicht beherrschen. Denn sie würden nichts von alledem wenden können und hätten auch, wenn sie längst an der Regierung wären, keines von den Uebeln bei der Entstehung verhindern können, für die sie die herrschende Demokratie verantwortlich machen. Sie sagen auch klügglich kein Wort darüber, was sie zur Hebung der Krankheiten der Zeit tun würden, sondern verfrösten uns auf die Zeit nach dem Beginn ihrer Herrschaft. Ihrer Behauptung nach ist eine der Hauptursachen unserer Not die auswärtige Politik Deutschlands. Kennen diese Herren die Geschichte der Jahre von 1806 bis 1813, dann würden sie wissen, daß die vielerlei Erfüllungspolitik der Deutschen Republik, die angeblich ein Zeichen landesverräte-

rischer Gesinnung ist, sich sehr wohl neben der Erfüllungspolitik Friedrich Wilhelms III. sehen lassen kann. Am ersten Jahrestage der Schlacht bei Jena hielt es Napoleon für angemessen und lakonisch, eine große Treibjagd auf Hasen auf dem Schlachtfeld von Jena zu veranstalten. Zu dieser Treibjagd lud er einen preussischen Prinzen ein, und Friedrich Wilhelm III. bracht seinem gekrönten Feinde eine derartige Achtung entgegen — ein Jahr nach der vernichtenden Niederlage von Jena und Auerslöß —, daß er dem Prinzen befahl, die Einladung anzunehmen. Etwas Ähnliches ist in der Geschichte der Erfüllungspolitik der Deutschen Republik nicht zu verzeichnen. Wir haben bisher auch noch nicht mit einem der ehemals feindlichen Staaten ein Militärbandnis geschlossen, das die Deutsche Republik verpflichten würde, in irgendeinem Kriege einer der ehemals feindlichen Mächte ein deutsches Hilfskorps zu stellen. Auch das hat Friedrich Wilhelm III. zwischen 1806 und 1813, wie Sie alle wissen, fertiggebracht!

Ich komme zurück zu Leopold Ziegler. Er fällt ein Verdammungs-urteil über die politischen Parteien und beweist damit, daß ein bedeutender Philosoph ein gänzlich unzureichender Politiker sein kann. Politische Parteien sind eine Notwendigkeit. In einem politisch mündig gewordenen Volke muß auf einer gewissen Stufe der politischen Entwicklung das Parteiwesen mit Notwendigkeit entstehen. Denn wirkliche Parteien, die in Weltanschauungen wurzeln, verdanken ihre Entstehung nicht irgendwelchen Launen, nicht irgendeinem genialen Agitator, sondern sie sind wirtschaftlich bedingt. Die Elemente der Politik sind nicht die Individuen. Die Bevölkerung besteht nicht aus einzelnen Menschen. Gleiche Lebensverhältnisse erzeugen einseitige Anschauungen. Elemente der Politik sind Gruppenkräfte und die Gruppen, die sie tragen. Wer im Staat oder in der Wirtschaft mit mehr oder weniger absoluter Gewalt über eine größere oder kleinere Zahl von Menschen gebietet, der hat das dringende Interesse daran, um sich die Ausübung seiner Herrschaft zu erleichtern, sich selbst als gottgewollte Autorität hinzustellen. Er kann sich den Staat nicht anders vorstellen als den abgegrenzten Teil des Wirtschaftsgebietes, auf dem er dominiert. So wie er, beispielsweise in seinem Betriebe die Herrschaft ausübt, so wünscht er auch den Staat eingerichtet zu sehen, mit anderen Worten: ein Mensch, dessen berufliche Tätigkeit so beschaffen ist, ist prädestiniert für konservative Gesinnung.

Ein anderer, dessen Wirtschaft am besten gedeiht, wenn der Staat ihm in die Ausbeutung seiner Arbeiter und Angestellten nicht hineinredet und seine freien Kräfte nicht unterbindet — Subventionen läßt er sich darum selbstverständlich, wenn es ihm schlechter geht, sehr gern gefallen —, jemand, der auf dem Standpunkt steht, daß das Irrende Moment der Wirtschaft das freie Spiel der Kräfte zu sein hat, und daß der Staat keine andere Aufgabe hat, als da, das Eigentum zu schützen und zu sichern, der wird liberalen Grundsätzen huldigen. Er wird wichtige politische Rechte für seine Klasse in Anspruch nehmen, aber nur für sie; den Bevölkerungsschichten, deren Interessen mit den seinigen im Widerstreit stehen, geschieht er neben der Zweischnittung Befreiung von wirtschaftlicher Bindung nur Schein- oder besenfalls

Halbrechte zu. Die Massen der Bürger, denen die konservative Anschauung die Aufgabe zerteilt, Objekt der Herrschaft zu sein, während die liberale Weltanschauung ihnen eine Freiheit zuerkennt, bei der sie das Recht haben, zu verhungern, haben den Wunsch, selbst Hammer und nicht Ambos zu sein. — Die soziale Herrschaft im Staate erlangen, sie verlangen kraft ihrer Überzahl, die allein schon genügt, ihnen bei gleichmäßiger Ausstattung der Bevölkerung mit politischen Rechten die Herrschaft zu erlangen, ein möglichst weitgehendes Wahlrecht der Massen, und die Bestimmung der Politik durch die Mehrheit. Das ist die demokratische Weltanschauung. Und es ist kein Zufall, daß in allen Ländern, in denen der Kapitalismus eine bestimmte Stufe der Entwicklung erlangt hat, also diejenige Wirtschaftsweise, in der den nichtarbeitenden Eignern der Produktionsmittel die arbeitenden Nichteigner gegenüberstehen, sozialistische Parteien entstehen, die mit den ihnen anhängenden Massen sich klar darüber sind, daß das Proletariat aller Länder gegenüber den Ausbeutern aller Länder solidarisch ist, von der Geburtsstunde an nicht nur demokratisch, nicht nur sozialistisch, sondern auch international denken.

Man muß sich aber davor hüten, mit der Aufdeckung der wirtschaftlichen Bedingtheiten der Parteien als erwiesen anzusehen, daß die Parteistellung jedes einzelnen lediglich durch seine Interessen bestimmt ist. Ganz im Gegenteil stehen in allen Parteien — und in den meisten an der Spitze — Männer und Frauen, die durch ihre Klassenlage nicht zu der Partei getrieben werden, der sie ihre Dienste leisten, Männer und Frauen, die bei einem Widerstreit zwischen ihren persönlichen Interessen und den Interessen der Partei, der Klasse, der sie dienen, ohne jedes Bedenken das eigene Interesse preisgeben. Wie man auch den Gedanken und die Schlußfolgerung ablehnen muß, daß jede Partei nichts anderes bezweckt als ihr eigenes Gedeihen. Jede Partei, die eine Weltanschauungspartei ist, ist genau so egozentrisch wie der Mensch. Ihre Bekenner sind der festen Überzeugung, daß die Verwirklichung ihrer Parteibestrebungen dem Gemeinwohl dient und allein dem Gemeinwohl dient, daß die Verwirklichung ihrer Parteibestrebungen geeignet ist, das Volk zu befreien, es zu zufrieden und wohlhabend zu machen. Gerade dadurch unterscheiden sich Parteien von denjenigen Gebilden, die man höchst wohlwollend Splitterparteien nennt, die aber in Wirklichkeit nur Gruppen zur Befriedigung höchst fragwürdiger und ehergezierter Interessen sind.

Dieses ganze Kapitel der geschichtlichen und psychologischen Bedingtheit der Parteien scheint Herr Professor Leopold Ziegler noch niemals aufgeschlagen zu haben, und damit wird eigentlich auch schon ad absurdum geführt, was er über die gegenwärtige Gestalt des Deutschen Reichstages sagt. Wenn er sich in einem so grundlegenden Irrtum über die Anfangselemente der Politik befindet, dann kann er keinen Glauben dafür beanspruchen, daß 500 Männer seinesgleichen — und es gehört unzweifelhaft zu der geistigen Auslese des deutschen Volkes auf dem Gebiete der Philosophie — einen besseren Reichstag darstellen würden als der gegenwärtige. Das Parlament soll — und das hat Herr

Ziegler nicht erkannt — kein Rat der Weisen sein. Wenn es möglich wäre, die 500 feinsten Köpfe auf dem Gebiete der Wissenschaft und der Kunst zu einem Parlament zusammenzubringen, so würde dieses Parlament arbeitsunfähig sein; denn es würde aus 500 Individualitäten bestehen, aber nicht aus Exponenten gesellschaftlicher Kräfte. Die Richtigkeit dieses Satzes sehen wir im kleinen an dem in der Regel eintretenden vollständigen Versagen geistig hochstehender Männer, Führer der Wissenschaft, die sich in das Parlament verzeihen haben. Die Historiker Treitschke und Mommsen waren jeder in seiner Art hervorragende Männer der Wissenschaft. Der Gesetzgebung des Deutschen Reiches haben sie in langjähriger parlamentarischer Tätigkeit ihren Stempel nicht aufzudrücken vermocht, und nicht anders verhält es sich mit dem Mediziner Virchow, mit dem großen Strafrechtler Liszt und dem Nationalökonomem Schulze-Gävernitz. Die Männer der Wissenschaft, die auch im Parlament eine gute Figur gemacht haben, sind an den Fingern einer Hand zu zählen. Also auch das Heilmittel eines Parlaments von ausleselesem Männern ist ein Traum und nicht einmal ein schöner Traum. Ein solches Parlament, wie es Herr Ziegler für ideal hält, würde tatsächlich der Totengräber des Landes werden.

Welche Folgerung wird aus der angeblichen Krise des Parlamentarismus gezogen? Die einen sagen: zurück zum alten Staat, der ihnen, obwohl er erst vor etwa 12 Jahren gestürzt ist, schon vollkommen verklärt erscheint. Man weiß nichts mehr von der Achtung ganzer Klassen der Bevölkerung, ganzer Nationalitäten, ganzer Konfessionen, man erinnert sich ganz und gar nicht mehr daran, daß dieser Staat gleich zu Anfang des Krieges auf alles das hatte feierlich Verzicht leisten müssen, was er bis dahin mit solcher Meisterschaft getrieben hatte: auf die Politik der Nadelstiche. Alles, was eigentlich die Regierung der wilhelminischen Zeit ausmachte, die Knebelung des Arbeiters, die Achtung jeder freien geistigen Richtung hörte damals auf. Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche, sagte damals Wilhelm II. und machte dabei eine Anleihe bei dem Freiherrn von Stein. Er verzieht auch allen denen, die ihm Böses getan hatten, hielt aber seinerseits nicht für nötig, um Verzeihung für eigene Sünden zu bitten, obwohl er allen Anlaß dazu hatte.

Zurück zum alten System! Wie war sein leitender Spruch? Suprema lex regis voluntas, das höchste Gesetz ist der Wille des Königs. War es wirklich so? War ein Mann, der zu systematischer Arbeit so unfähig war wie Wilhelm II., imstande in alle Einzelheiten der Verwaltung hineinzublicken, auch nur die wichtigeren Angelegenheiten sachgemäß zu erledigen? Gott sei Dank, daß er dazu nicht imstande war! Denn wenn er Politik machte, wie beispielsweise bei dem berühmten Daily Telegraph-Interview, dann krachten die Scherben nur so, als rülte ein Husarenregiment über den Topfmarkt! Die Erinnerungen Bülow's zeigen fast auf jeder Seite, wie wenig Wilhelm II. zu einer politischen Rolle befähigt war. Der Wille des Königs war nicht das höchste Gesetz. Als die furchtbaren Randbemerkungen bekannt wurden, mit denen Wilhelm II. in den letzten Tagen vor dem Kriegsausbruch die Berichte seiner Gesandten versehen hatte, schrieb Graf Westarp

in der „Kreuzzeitung“, wenn diese Randbemerkungen und die in ihnen erteilten Anweisungen an das Auswärtige Amt befolgt worden wären, dann würde Deutschland davon schweren Schaden gehabt haben. Aber darin habe sich gerade die Vortrefflichkeit des alten Systems gezeigt, daß kein Mensch daran gedacht hat, auf diese Anweisungen etwas zu geben. Ein monarchisches System, dessen Vortrefflichkeit sich darin äußert, daß man sich um den Willen des Monarchen nicht kümmert, scheint mir ein Widerspruch in sich selbst zu sein. Aber nach außen hin stand der unverantwortliche Monarch unerschütterlich da, der das Patent in der Wiege, mit seiner Geburt, empfangen hatte, der die Minister nach seinem Gutdünken auswählte, die Minister, die immer wieder mit Stolz erklärten: so lange wir das Vertrauen unseres königlichen und kaiserlichen Herrn genießen, stehen wir an dieser Stelle! Sie liegen sich in dem Stolz, den sie darüber empfanden, nicht dadurch beeinträchtigen, daß es einmal vorkam, daß ein Minister seines Amtes entbunden würde, weil er dem kaiserlichen Dackel, der ihm zwischen die Beine kam, einen Fußtritt versetzt hatte.

Nach außen hin also die Herrschaft des Monarchen. Die preußische Krone, so rief Bismarck aus, soll kein leeres Besitztum der preußischen Regierungsmaschine werden! Scheinbar war der Träger dieser Krone vom Parlament vollkommen unabhängig. Ein Mißtrauensvotum gegen Minister gab es nicht, und wäre es eingebracht und mit der erdrückendsten Mehrheit angenommen worden, dann hätte das für das ministerielle Dasein des davon betroffenen Ministers nicht die geringste Folge gehabt. Sein ministerielles Dasein wäre nicht um eine Minute abgekürzt worden. Denn wir haben gesehen, daß das Deutsche Reich letzten Endes nur ein vergrößertes Preußen war, und in Preußen herrschte dank dem Dreiklassenwahlsystem eine begrenzte und beschränkte Kaste, von der ich nicht weiß, ob Herr Ziegler in ihr das Ideal der Geistigkeit erblickt hat oder erblickt, nämlich der ostelbische Grundbesitz. Dank des Dreiklassenwahlrechts waren die Vertreter des ostelbischen Grundbesitzes im Besiz der unbeschränkten Herrschaft über den Staat. Denn die konservativen Parteien des Preußischen Landtags im Bunde mit den erlauchten Herren vom allen verschuldeten Großgrundbesitz, wie Eugen Richter sie genannt hat, den Herren, die hier in diesem Saale sagen — hoffentlich geraten sie im Grabe nicht in rotierende Bewegung darüber, daß der Saal lekt zu anderen Zwecken als zu solchen besuchten Herrenhaussitzungen benutzt wird —, bildeten die junkerliche Mehrheit des Preußischen Abgeordnetenhauses und des Preußischen Herrenhauses, welche beiden Parlamente den Preußischen Landtag bildeten. Diese Herren waren die wahren Herrscher.

Nun kommt aber die Unsittlichkeit und Verlogenheit des damaligen Systems. Nach außen hin trugen die wahren Herrscher die geringste Verantwortung. Sie konnten tun und lassen, was sie wollten. Ein Mißtrauensvotum des Parlaments berührte wie gesagt den Minister nicht. Aber wer bei den Konservativen in Ungnade gefallen war, der konnte sich nicht im Besiz der Macht halten. Da gab es durch die Verbindung mit dem Schwerdtel und durch die Verbindung mit dem Hofadel tausend Mög-

lichkeiten zur Entfernung eines mißliebig gewordenen Staatsmannes. Man braucht bloß die Namen Caprivi und von Heydendorff zu nennen, um Beweise dafür zu haben, mit welchen Intrigen und Hinterhältigkeiten der Kampf gegen mißliebig gewordenen Minister von dieser Seite geführt wurde. Nach außen hin mußte es freilich stets so aussehen, als ob der Minister fortan nicht mehr das königliche oder kaiserliche Vertrauen für die Ausübung seines Amtes besaß und daß hierin der Grund seiner Ausschiffung lag.

Diese Unklarheit in der politischen Verantwortung, diese Verankerung der politischen Macht in einem Kreise, der nach außen hin nicht hervortrat — nicht umsonst hat man Herrn von Heydendorff und der Lasa den ungekrönten König von Preußen genannt —, ist schließlich der letzte Grund des Weltkriegs. Nur ein Staat mit einer so unklaren Verfassung, nur ein Staat, in dem diejenigen, die die politischen Geschäfte besorgen, im Parlament keine Verantwortung halten, und in dem die wahren Schuldigen, die wahren Herrscher, die Männer, die in Wirklichkeit das Rad der Geschichte drehen, nach außen hin gar nicht in die Erscheinung traten, — nur in einem solchen Staat war es möglich, daß man, um mit Herrn Tirpitz zu sprechen, in den Krieg hineinrutschte. Was für eine furchtbare Anklage liegt in diesem Wort, in der Behauptung, daß eine Regierung, ohne es zu wollen, durch Ungeschicklichkeit, durch eine verhängnisvolle grenzenlose Getrübtheit des politischen Blickes und des Urteils in einen Krieg hineingeraten ist, den sie in Wirklichkeit nicht gewollt hat! Das waren die Folgen des Systems. Wir wissen heute, daß man in den Kreisen, die Wilhelm II. am allerersten standen, schon seit Jahren die Frage aufgeworfen hatte: ist dieser Mann bei Vernehmung, muß man ihn nicht für geisteskrank halten? Und trotzdem war dieser Mann in der Lage, am 5. Juli des Jahres 1914 — und damit begann das Elend — bei einem Frühstück in Potsdam dem österreichischen Gesandten die Zusicherung zu geben: was auch Oesterreich mit Serbien anstellen wollte, die deutsche Armee werde immer an der Seite der Oesterreicher stehen. Dieses Versprechen wurde in Abwesenheit des Reichskanzlers Herrn von Bethmann-Hollweg gegeben. Damit fing das deutsche Unglück an; denn was die österreichischen Machthaber, die zum Kriege mit Serbien entschlossen waren, den sie in ihrer Verblendung allerdings lokalisiert führen zu können hofften, mit dieser Zusicherung angefangen haben, welche Schlußfolgerungen sie aus ihr gezogen haben, das wissen wir zur Genüge. Graf Berchtold, der Außenminister von Oesterreich-Ungarn, fühlte sich in Besitz dieser kaiserlichen Erklärung so sicher, daß er auf die Frage eines Diplomaten, was die österreichische Regierung tun werde, wenn Serbien das österreichische Ultimatum in allen Punkten annehme, lächelnd zur Antwort gab: dann werden wir hat einen anderen Vorwand zum Einrücken in Belgrad ausfindig machen müssen.

So berichtet Bülow.

Wie war es nach der Kriegserklärung, nachdem die Welt in Brand geraten war? Am Rande der Depesche, die den Eintritt

Englands in den Krieg meldete, machte Wilhelm II. eine Bemerkung, die erkennen läßt, daß er damals das hatte, was die Mediziner und der Jurist ein *dilucidum intervallum*, einen lichten Augenblick, nennen.

Er schrieb zornig an den Rand: echt englisch; zunächst vollkommene Unparteilichkeit zeigen und dann, nachdem man den Gegner eingewickelt und sicher gemacht hat, ihm das Netz über den Kopf werfen, um ihn wirtschaftlich und politisch zu vernichten. Erblickt man aber in der Politik während des Krieges eine Spur von dieser klaren Erkenntnis, wie gefährlich die Feindschaft Englands, wie gefährlich ein Krieg mit England sein mußte? Davon ist keine Rede! In der Führung der Politik Deutschlands während des Krieges traten zwei Fehler in die Erscheinung, von denen man nicht weiß, welcher von beiden der größere ist. Man überschätzte die eigenen Kräfte, und man unterschätzte die Kräfte der anderen. Man war romantisch veranlagt. Sowie man sich in den Krieg hineingeredet hatte durch die romantische Vorstellung von der Notwendigkeit, Nibelungenfreue zu wahren, so hielt man es für denkbar, daß man mit einigen wenigen U-Booten die ganze Handelsflotte der Welt, die der Entente zur Verfügung stand, werde torpedieren und auf diese Weise England aushungern können.

Und wie schätzte man das Hundertmillionenvolk der Amerikaner ein? Ich war selbst zugegen, als einer der wilhelminischen Staatsmänner, der Staatssekretär im Reichsmarineamt Herr von Capelle, im Hauptauschuß des Deutschen Reichstags zur Empfehlung des unbeschränkten U-Bootkriegs sagte: Amerika werde in den Krieg eintreten, nun ja, aber was sei Amerika? Amerika habe erstens keine Mannschaften. Wenn es Mannschaften aufbringe, dann habe es kein Ausbildungspersonal, und wenn es Ausbildungspersonal habe, dann habe es keine Möglichkeit, die ausgebildeten Mannschaften auf den Kriegsschauplatz zu werfen; es habe keine genügende Transportflotte. Und wenn es eine genügende Transportflotte habe, was könnten sich dann unsere U-Boote besseres wünschen, als das Herannahen dieser Transportflotte an die Küste Europas, damit sie die einzelnen Schiffe wegtorpedieren könnten? Die Berechnung scheint nicht ganz richtig gewesen zu sein, wenn man sich vergegenwärtigt, daß im März 1918 bereits 1 200 000 militärisch gut ausgebildete und ausgerüstete Amerikaner auf dem Festlande gelandet haben.

Dieselben dilettantischen Vorstellungen machten sich bei der Gründung des selbständigen polnischen Staates geltend, die durch das Bedürfnis und durch die Vorstellung wachgerufen worden sind, daß man auf diese Weise zu einer verbündeten polnischen Armee von gewaltigen Ausmaßen werde kommen können. Man glaube ernsthaft, daß die Polen kein glühenderes Ziel kennen würden, als sich an der Seite der deutschen und österreichischen Truppen zu verbünden!

Und schließlich ereignete sich mitten im Kriege das, was für den Obrigkeitstaat in alle Ewigkeit hinein kennzeichnend sein wird: daß er auf Michaelis als Reichskanzler kam, einen Mann, der sich niemals mit Politik befaßt hatte. Michaelis wurde ausgewählt,

weil er der Obersten Heeresleitung, in deren Hände die politische Gewalt übergegangen war — man denke: in die Hände Ludendorffs, der seinen politischen Intellekt jetzt durch den Kampf gegen das Freimaurertum beweist, das ihm als die Wurzel alles Übels erscheint —, die Garantie für absolute Unschädlichkeit und Willfährigkeit bot. Und es kam, wie es kommen mußte: das System, das heute vielen Menschen wieder so ausgezeichnet erscheint, daß sie es wiederherstellen möchten, stürzte zusammen, und ein altes Wort der Römer bewahrheitete sich wieder einmal: vis consiliis expers mole ruit sua, Gewalt ohne Einsicht bricht zusammen, durch eigene Schwerkraft. Ganz zuletz, als der Obrigkeitstaat schon fast in der Agonie lag, da halfte er auf einmal wieder einen lichten Moment: da wollte er schnell noch in die Demokratie überleiten, da schimmerte ihm der Gedanke auf, daß das Vertrauen auf die eigene Kraft die Massen des deutschen Volkes befähigen könne, weiler im Sturm auszuharren, und es ereignete sich, was heute schon wieder vergessen ist, daß Ludendorff die Herren vom pommerischen Großgrundbesitz im Preußischen Herrenhaus, die Großen der Nation, die sich gegen die Annahme des Reichstagswahlrechts für Preußen sträubten, beschwor, binnen 24 Stunden die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in Preußen zu bewirken.

Es half nichts mehr, es war zu spät. Der Zusammenbruch kam. Zur Zerschlagung des Obrigkeitstaates ist nicht mehr Kraft aufgewandt worden und brauchte nicht mehr Kraft aufgewendet zu werden, als ein Faustschlag gegen eine Mauer darsellte. Brach die Mauer zusammen, so deshalb, weil sie brüchig war, nicht infolge der Wucht des Schläges. Und jetzt sollten unsere Leiden, die durch den Obrigkeitstaat herbeigeführt worden sind, durch die Wiederherstellung dieses selbst Obrigkeitstaates auf den Grundlagen, die er früher gehabt hat, beendigt werden können! Auf welchen Grad von Kurzsichtigkeit, auf welchen Grad von Idiotie der Massen spekulieren die Nuhnier des zusammengebrochenen Systems, die sich solchen Träumen hingeben! Vergessen wir dabei nicht: diese Menschen sind immer noch klärer und zielbewußter, als es die Nationalsozialisten sind, deren sich die Mächtelegnenrestauratoren als Stütze zu bedienen gedenken. So wie den deutschen Unternehmern die unglücklichen Arbeiter, die den Nationalsozialisten auf die Leimrute gegangen sind, als nicht mißbrauchbar in den Kampf gegen die Gewerkschaften erwünscht sind, so gedenken sich die Anhänger des Obrigkeitstaates der Nationalsozialisten als politischer Schutztruppe zur Wiederherstellung des Obrigkeitstaates zu bedienen, und sie mißbrauchen dabei die Millionen von Nationalsozialisten, die nicht durch eine Vorliebe für irgendein politisches System in dieses Lager gekommen sind, sondern einfach dadurch, daß sie sich in ein zur Wahrung ihrer Interessen gänzlich ungeeignetes Parteigebilde verirrt haben, weil ihr Magen leer war und infolgedessen ihre Urteilskraft getrübt.

Die Nationalsozialisten, die heute so tun, als ob sie die wahre Macht im Lager der Gegner der Republik wären, während sie tatsächlich die Gemüßbräutchen sind, schwärmen für die Diktatur. Etwas ganz Neues soll kommen. Ein goldbegnadeter Mann, der

seine Anwartschaft nicht der Abstammung von fürstlichen Eltern dankt, wenigstens nicht zu danken braucht; aber wenn kaiserliche und königliche Prinzen in den Reihen der Nazis ebenso willkommen sind und bejubelt werden, wie Großgrundbesitzer und Großindustrielle, so wird man wohl annehmen dürfen, daß die Nationalsozialisten auch gegen einen Monarchen von Gottesgütern schlechthin keine grundsätzliche Abneigung haben würden. Der Retter soll jedenfalls ein Mann sein, den das Schicksal, und ein gütiger Gott seinem Volke zum Führer bestimmt hat, und der sich nicht auf die Volksmehrheit stützt. Dieser Mann soll instand sein, alle Not unserer Zeit zu wenden. Quelle der Gesetzgebung soll er allein sein. Uns glücklich zu machen, soll allein seine, nicht unsere Sache sein. Ich sagte schon, daß nur diejenigen gefährlicher als die Nationalsozialisten zu sein scheinen, die die alten Zustände wieder herstellen wollen. Darum will ich aber durchaus nicht die Harmlosigkeit der nationalsozialistischen Bewegung garantieren. Die Nationalsozialisten würden, auch wenn sie nur einen erfolglosen, noch vielmehr aber, wenn sie einen erfolgreichen Putsch machen, dessen Früchte sie meiner Ueberzeugung nach nur nicht genießen würden, sehr großes Unheil anrichten. Daß die Diktatur nur auf revolutionärem Wege begründet werden kann, ist klar, und was ein revolutionärer Schlag zum Zwecke oder gar mit dem Erfolge der Herstellung der Diktatur bedeuten würde, davon haben wir nach dem 14. September einen kleinen Vorgeschmack bekommen. Ein solcher Putsch, namentlich wenn er glückte, würde in der Zeit großer Kapitalknappheit die sofortige Zurückziehung aller ausländischen Kredite und die Vorenthaltung neuer zur Folge haben. Er würde weiter eine ins Maßlose gesteigerte erneute Flucht deutschen Kapitals über die Grenze bedeuten, die auch der nationalsozialistische Diktator im Zellafer des Flugverkehrs nicht würde verhindern können. Mit anderen Worten: ein erfolgreicher Putsch würde die Arbeitslosigkeit ins Ungemessene vermehren und die deutsche Währung völlig in den Abgrund stürzen. Die nächste Folge würde ein vollständiger Abbau der Sozialpolitik sein, da ihre Kosten nicht aufzubringen sein würden. Ich möchte es geradezu tragisch nennen, daß Millionen von Proletariern nationalsozialistisch wählen, obwohl die Verwirklichung der Ziele dieser Partei ein gesteigertes Elend für sie zur Folge haben würde.

Genossinnen und Genossen! Wenn Sie mir in diesen meinen Darlegungen von der Gefährlichkeit eines nationalsozialistischen Putsches für unsere schon so stark erschütterte Wirtschaft folgen, dann werden Sie, glaube ich, für die jekige Politik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Verständnis bekommen. Wir wissen genau, daß diese Politik alles andere denn populär ist, aber wir wissen auch, daß wir alles daran setzen müssen, um das Chaos zu verhindern, das der allerbeste Nährboden für einen nationalsozialistischen Putsch sein würde, und da können wir nicht nach Popularität fragen. Popularität erwirbt man zu dem Zwecke, sie dann, wenn es sein muß, aufs Spiel zu setzen.

Wer soll Diktator werden? In demokratischen Staat kann man sich darauf verlassen, daß das Volk, das frei geworden ist, auch diejenigen Männer zu finden wissen wird, denen es seine Füh-

rung anvertrauen kann, und solche kaltstellen wird, die sich als ungeeignet erweisen. Man kann auch auf dem Standpunkt stehen, daß im Obrigkeitssinn der von Goltz erleuchtete Monarch immer dafür sorgen wird, daß der Repräsentant des Staates die nötige politische Einsicht besitzt, obwohl die geschichtliche Erfahrung beweist, daß unter den Instrumenten der Vorsehung sehr viele gewesen sind, die nicht gerade hervorragend waren. Aber bei der Diktatur ist doch die Persönlichkeit alles! Wer soll denn nun Diktator sein? Sieht man ihn? Soll es Hitler sein? Die Männer, die ihn auf das genaueste kennen, sagen, daß er eine mehr und mehr in die Erscheinung tretende Ähnlichkeit mit Wilhelm II. aufweist.

Ich habe mir die Herren von der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion genau daraufhin angesehen, wer etwa unter ihnen das Zeug zu einem Diktator haben könnte, aber ich habe mich weder entscheiden können, Herrn Strasser die Palme zu reichen, noch Herrn Frick oder Herrn Stöhr oder auch Herrn Gottfried Feder.

Ich sehe den Diktator nicht.

Weiter! Welches Ziel soll denn der Diktator haben? Die Diktatur ist ein politisches Institut, das von den alten Römern geschaffen worden ist. In kritischen Zeiten haben die Römer die gesamte Gewalt in die Hände eines Diktators gelegt. Sie waren aber so klug, seine Amtszeit auf die Dauer von 6 Monaten zu begrenzen, und sie haben ihn nur zur Erfüllung einer einzigen politischen Aufgabe mit politischer Allmacht ausgestattet. In dieser Begrenzung mag die Diktatur zu erfragen sein. Aber welches soll denn nun die eine Aufgabe sein, die der nationalsozialistische Heiland so gern versichern, der neue Arm in Versammlungen so gern versichern, der neue Armin der Cheruskert sein soll, die die Truppen und das Geld dazu nehmen? Ich kann mir denken, wie sich diejenigen Kreise der deutschen Bevölkerung, die noch Kriegsanleihe zeichnen können, zu den Zeichnungsstellen drängen werden.

Nach den Erfahrungen, die die Gläubiger des Deutschen Reiches nach dem Kriege gemacht haben, ist das durchaus wahrscheinlich. Woher will der Diktator zur Kriegsführung die Bundesgenossen nehmen? Sollte er etwa meinen, daß sich die Gesellschaft wiederholt, und daß das Deutsche Reich aus der Asche von Versailles ebenso wie ein Phönix hervorgehen wird wie das preußische Volk im Jahre 1813 aus der Asche des Brandes von 1806/07? In diesem Falle würde er eine Kleinigkeit übersehen. Im Jahre 1813 war Oesterreich durch Napoleon fast gar nicht und Rußland überhaupt nicht erschüttert. Diese beiden Großmächte standen vollkommen intakt da, als der Krieg von 1813 begann. Wo sind die möglichen Bundesgenossen heute? Damit, daß man Italien die Eltre erweist, es zu einem uns geneigten Bundesgenossen zu ernennen, und daß man ferner, weil man weiß, daß Italien, dessen Küsten von den weittragenden englischen Schiffsgehusen bedroht sind, gegen England nicht Krieg führen kann, auch England als einen möglichen Bundesgenossen bezeichnet,

werden diese Länder noch keineswegs Bundesgenossen des Deutschen Reiches. Man macht sich in Italien die Rodomontaden der Nationalsozialisten bei politischen Streitigkeiten mit Frankreich gern zunutze, aber denkt weder in Rom noch in London daran, um der schönen Augen der Nazi willen noch einen Krieg zu führen. Ich glaube, England und Italien haben an dem letzten noch genug, obwohl sie zu den Siegern gehört haben.

Und wie würde der nationalsozialistische Diktator Innenpolitik treiben? Um das zu wissen, brauchen wir nur nach Italien, nach Polen und nach Rußland zu sehen. Denn anders kann ein Diktator gar nicht regieren, als mit dem Maulkorb, mit der Deutsche und mit dem Henkerbeil. Wenn die Herren Nationalsozialisten von den Köpfen sprechen, die rollen werden und von den Laternenpfehlen, an die die politischen Gegner gehängt werden sollen, dann glaube ich ihnen das aufs Wort. Es ist auch das einzige, worauf sie sich mit Meisterschaft verstehen würden. Das beweisen die Fememorde, und das beweisen die läglichen Attentate, die von Buben aus ihren Reihen gegen Anhänger politisch ihnen feindlicher Richtungen begangen werden. Das würden sie können! Aber schließlich heilt man politische Krankheiten nicht damit, daß man einige verhaßte Menschen um einen Kopf kürzer macht. Die Unterdrückung jeder gemäßigten Richtung würde das Charakteristikum einer nationalsozialistischen Diktatur sein und ferner die Erteilung eines Freiurteils zur Ermordung aller irgendwie mißliebigen Führer der breiten Massen des Volkes. Das Parlament soll abgeschafft werden. Was bedeutet das? Genau dasselbe, was es in Italien bedeutet, wo aus dem Parlament eine Horde von Menschen ohne Willen, oder wenn sie Willen haben, ohne den Mut und die Fähigkeit, ihrem Willen Ausdruck zu geben, geworden ist. Ein Blick auf Italien zeigt uns, was ein Parlament im diktatorisch regierten Deutschland bedeuten würde. Das, was im Parlamentarismus so großen Wert hat, die Kontrollbefugnis des Parlaments, würde in einem nationalsozialistisch diktatorisch regierten Deutschland nicht die geringste Bedeutung haben. Und was wäre die Folge? Eine ungeheuerliche Korruption! Kein Staat, keine Herrschaftsform ist gegen Korruption gefeit, aber die Diktatur ist notwendig mit der Korruption verbunden. Denn wer kann, wenn das Parlament ausgeschaltet ist, dem Diktator und seinen Kreaturen über die Schultern sehen? Die Opposition spielt keine Rolle mehr, sie bekommt nicht den geringsten Einblick in die Einzelheiten der Verwaltung, sie hat nicht mehr die Möglichkeit, hinter die Kulissen zu schauen. Wenn sie trotzdem Informationen erhält und sich mühevolle Männer finden, die sie der Öffentlichkeit bekanntmachen, dann glaubt man ihnen nicht. Und wenn sie überwältigende Beweise erbringen, legt man in der Erkenntnis der Unmöglichkeit der Abhilfe die Hände in den Schoß.

Wenn aber wirklich der Diktator ein Mann ist, der mit der größten Reinheit des Gemüts die größte Energie und das größte nur vorstellbare Maß von politischer Einsicht verbindet, wer garantiert dann, daß sein Nachfolger über dieselben Eigenschaften verfügen wird? Soweit geht doch auch die Macht eines Diktators nicht, daß er die Verlängerung seines Lebens dekretieren könnte.

So würde von dem Siege einer Diktatur auf dem Gebiete der Außenpolitik wie auf dem Gebiete der Innenpolitik nur namenloses Unheil ausgehen können und über uns hereinbrechen müssen. Dieses System würde sicher gesulzt werden, aber eines würde bleiben: die ungeheure Rohheit, die in den Kreisen der eigenen Anhänger geradezu geübt und verlangt wird. Diese Rohheit der „rauen Kriegsmänner“ wird wahrscheinlich eine Generation hindurch aus den Köpfen nicht herauszubringen sein.

Nach diesen beiden Systemen, dem alten Obrigkeitsstaat und dem diktatorisch regierten Staat, betrachten wir nun die Wesenszüge der Demokratie. Gegner der Demokratie bezeichnen — mit mehr Keckheit als Geist — als ihr Kennzeichen, daß in ihr eine Slimme Mehrheit die Entscheidung trifft, auch dann, wenn diese Slimme die Slimme eines Dummkopfs ist. Wäre diese Tatsache richtig, dann wäre sie immer noch nicht so schlimm wie die Tatsache — auch dafür bringt die Geschichte Beweise —, daß an der Spitze des Obrigkeitsstaates Jahre hindurch ein Geistesgestörter stehen kann. Aber in Wirklichkeit ist die Behauptung falsch. Denn erfahrungsgemäß ist die Dummheit eine interfraktionelle Eigenschaft. Sie kompensiert sich. Ich glaube nicht, daß die Richtigkeit dieses Satzes bewiesen zu werden braucht. Die Demokratie ist in Wahrheit die große Erzieherin, sie ist der Lehrmeister der Völker. Das ist ihr Wesen. Nur sehen wir allerdings, daß die Lehrzeit sehr, sehr lang ist. Zwölf Jahre haben bei uns in Deutschland noch nicht genügt. Aber trösten wir uns damit, daß in den Ländern, die seit langem Demokratien sind und heute als solche gefestigt erscheinen, in England und Frankreich, die Demokratie auch Rückfälle zu verzeichnen hatte: in England die Zeit der Stuarts und der George, in Frankreich die Zeit Napoleons, die Zeit der Restauration nach der Rückkehr der Bourbonen und die Zeit Napoleons III. Nachdem diese Rückfälle überwunden waren, hat sich die Demokratie als um so gefestigter erwiesen. Nichts hat die Erziehungsarbeit der englischen und französischen Demokratie so gefördert wie der Anblick der Vertreter des Obrigkeitsstaates, den man genö, nachdem man sich erst einmal mit den Anfangsgründen des demokratischen Systems bekannt gemacht hatte.

Die Demokratie erzieht die Massen zur Verantwortung, der Obrigkeitsstaat dagegen tut jedem einzelnen zu. Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben! Die Anwartschaft auf die Führerstellen erkennt der Obrigkeitsstaat nur den Angehörigen einer ganz begrenzten Kaste zu. Die Demokratie weiß, daß Massen ohne Führer willens- und handlungsunfähig sind, aber sie bestreift irgendwelchen durch Besitz oder durch gesellschaftliche Stellung hervorragenden Klassen das Monopol auf die führenden Stellen im Staate. Sie will die Anwartschaft auf politischen Einfluß allein von dem Umfang der politischen Leistung abhängig machen, sie sagt jedem einzelnen: deinen Anteil an der Souveränität deines Volkes kannst du selber durch den Umfang bestimmen, in dem du dich um dein Volk verdient machst.

Die Demokratie erzieht die Persönlichkeit. Ich habe Ihnen gezeigt, wie unklar im Obrigkeitsstaat die politische Verantwort-

lung war. Die Demokratie zwingt jede Persönlichkeit, die politisch eine Rolle spielen will, in das volle Tageslicht auf die politische Bühne zu treten. Die wechselnden Erfolge und Misserfolge der politischen Parteien in Deutschland zeigen deutlich, daß dieser Grundsatz der Demokratie seine erzieherische Wirkung hat. Wo eine Partei Fehler macht, wird sie bei der nächsten Wahl von den Massen des Volkes dafür verantwortlich gemacht. Nichts ist so geeignet, von der Wiederholung von Fehlern abzurufen, als die Notwendigkeit, ihre Folgen am eigenen Leibe zu tragen. Die Demokratie gibt jeder Ueberzeugung im Volke die Möglichkeit, sich durchzusetzen. Sie muß nur für ihre Anschauung die Mehrheit des Volkes gewinnen. Dann ist sie in der Lage, die Politik des Landes zu bestimmen. Das Wahrecht sorgt auf das Genaueste dafür, daß die Vertretung einer Partei im Parlament ihre Stärke im Volke entspricht. Parteien, die angesichts dieser Einrichtung der deutschen Verfassung ihr Ziel nur auf dem Wege über die Diktatur erlangen zu können hoffen, beweisen damit, daß sie sich selbst die Kraft nicht vertrauen, die Mehrheit des deutschen Volkes für sich zu gewinnen. Wir aber, die wir hoffnungsfroh sind, wir sind der demokratischen Anschauung freu ergeben, in erster Reihe wegen der Vorzüge ihres Wesens, aber auch deshalb, weil wir wissen, daß ihre Verankerung in der Verfassung uns auf die Dauer die Herrschaft in die Hände spielen muß.

Wie unklar es in den Köpfen der Gegner der deutschen Demokratie aussieht, läßt die eine Tatsache erkennen, daß sie die führenden Staatsmänner der Entente während des Krieges, Clémenceau und Lloyd George, über den Scheitlernden rühmen. Nur diese hervorragenden Männer haben den Sieg der Entente herbeigeführt, so werden sie nicht müde auszurufen. Weshalb hatten denn England und Frankreich Staatsmänner, die ihren deutschen Kollegen überlegen waren? Es lag lediglich an der Art der Auslese. In Deutschland erwarb man die Anwartschaft auf einen Ministerstuhl im alten deutschen Obrigkeitsstaat auf dem Ständeamtl. Die Geburt gewährte den Titel zum Erwerb eines leitenden Postens. Während in anderen Ländern die Verleihung eines Ministerpostens die Krönung einer ehrenvollen politischen Laufbahn bedeutet, bedeutete sie im Obrigkeitsstaat nicht selten den Anfang einer politischen Laufbahn. Wenn Clémenceau und Lloyd George weit über das Maß der eigenen individuellen Tüchtigkeit hinaus glänzten, — woran lag denn das? An dem Bewußtsein, daß sie in der Stelle, an der sie standen, von dem Vertrauen der breiten Massen ihres Volkes gefragten waren! Dieses Bewußtsein, das dem parlamentarischen System entspringt, befähigte sie zu Leistungen, die in der Tat Anerkennung verdienen.

Die Deutsche Republik kann schon in den wenigen Jahren ihres Bestehens auf einige Staatsmänner großen Formals hinweisen, Ebert, Rathenau, Otto Braun, Severing und Stresemann verdienen genannt zu werden. Keiner dieser Männer würde im Obrigkeitsstaat Aussicht gehabt haben, einen Ministerposten zu bekommen. Das ist vollkommen klar; darüber braucht kein Wort verloren zu werden, ist denn nicht offenbar, daß die Präsentation von Ministern durch eine Fraktion eine bessere Empfehlung und eine größere Garantie

bedeutet als die willkürliche Auswahl durch einen einzelnen, oft well- und politikfremden Mann? Eine Fraktion, die einen der ihrigen als Ministerkandidaten präsentiert, die Auswahl und Berufung muß natürlich Sache des Reichspräsidenten sein, will mit ihm Ehre einlegen, was die Zahl ihrer Anhänger durch die Werbekraft des Namens des Mannes vermehren und ist deshalb im eigenen Interesse verpflichtet, so sorgfältig wie nur möglich vorzugehen und von der Präsentation von Nullen abzusehen. Wenn man über die unzureichenden Resultate der Demokratie in Deutschland abfällige Bemerkungen macht und aus ihnen den Schluß ziehen zu müssen glaubt, daß Deutschland sich für die Demokratie nicht eignet, so erhebt sich sofort die Frage: Wenn Deutschland nicht das Volk der politischen Denker ist, wie kann denn gerade die verhältnismäßig kleine Richtung, die für die Diktatur schwärmt, politisches Denken für sich in Anspruch nehmen? Aber weiter wird dabei auch völlig aus den Augen verloren, daß die Demokratie erst dann richtig spielen kann, wenn eine klare Mehrheit im Parlament die Folge einer Wahl gewesen ist, und daran hat es uns im Deutschen Reiche bisher immer noch gefehlt. Diese klare Mehrheit haben wir nicht, weil ein erheblicher Teil des Volkes noch in überlebten Anschauungen wurzelt, von denen man sich, wenn man ein bescheidener Familienvaler auf dem Gebiete des Intellekts ist, so schwer trennt.

Weiter liegt das Fehlen einer klaren Mehrheit im Parlament daran, daß wir immer noch, auch in anderer Beziehung, mit den Eindrücken belastet sind, die wir in der Zeit des Obrigkeitsstaates empfangen haben. Damals, in der Zeit der politischen Unfähigkeit der breiten Massen konnte man es sich leisten, die Gründung von Parteien als Sport zu betreiben. Schaden wurde dadurch nicht angerichtet; denn das Parlament spielte keine Rolle, und persönliche Eitelkeit und Ruhmsucht standen sehr oft Gewalt bei der Gründung einer neuen Splitterpartei. Dieses Beispiel wirkt immer noch nach. Heute ist die Nachahmung verhängnisvoll, und der Bruch mit der Tradition würde mehr ehren als die Befolgung.

Wenn Sie sich die einzelnen politischen Parteien in England vornehmen, dann werden Sie finden, daß in jeder dieser Parteien gegensätzliche Gruppen vereinigt sind, die Raum zur Gründung verschiedener neuer Parteien lassen würden. Da sind bei den Tories die Gemäßigten und die sogenannten Diehards, bei der Labour-Party die Arbeiterpartei und die Unabhängigen Arbeiterpartei, bei den Liberalen die gemäßigten Liberalen — etwa im Stile der Deutschen Volkspartei, ins Englische übersetzt; bei uns würden diese Männer, wenn sie sich politisch einbürgern sollten, wahrscheinlich Sozialdemokraten werden müssen — und die Radikalen. Alle diese Richtungen beweisen die durch Schulung entstandene politische Weisheit der Massen des englischen Volkes. Sie bleiben alle in einer und derselben Partei, weil sie hoffen, daß ihr Einfluß innerhalb dieser Partei weit über die ihnen zahlenmäßig zukommende Bedeutung hinausgehen wird, zum mindesten größer sein wird als er wäre, wenn sie außerhalb der Partei ständen. Dahin müssen wir es in Deutschland auch bringen, und

ich habe keinen Zweifel, daß es dahin kommen wird. Ich muß gestehen, daß, wenn mir eines in der politischen Geschichte der letzten Zeit in Deutschland Vergnügen gemacht hat, es der Krach in der Wirtschaftspartei ist. Denn diese Partei wird, wenn vernünftiges politisches Denken Gemeingut des deutschen Volkes geworden ist, sofort zum Untergang verdammt sein.

Genossinnen und Genossen Die Weltwirtschaftskrise, unter deren Folgen wir leiden, würde — das kann man sagen, ohne Widerspruch fürchten zu müssen — keinem Verfassungssystem erspart geblieben sein, die ist völlig unabhängig vom Inhalt der Verfassung. Daraus geht auch auf das Klarste hervor, daß es lediglich eine Fiebererscheinung und ein Zeichen von Urteilslosigkeit ist, wenn man aus der Tatsache, daß die Weltwirtschaftskrise in Deutschland besonders schlimme Konsequenzen gezeitigt hat, die Unfähigkeit der deutschen Demokratie und die Unverträglichkeit demokratischer Verfassungseinrichtungen mit deutschen Verhältnissen herleitet. Die Politik, die die deutsche Demokratie getrieben hat, namentlich ihre Außenpolitik, ist zwangsläufig, und was die Innenpolitik anlangt, so ist auf eine auch nur halbwegs längere Dauer das von unseren Faschisten angepreisene System der Unterdrückung, der Knechtung jeder gegnerischen Meinung und ihrer Vertreter völlig unmöglich.

Wenn ich als Sozialdemokrat für das demokratische System einträte und den Willen der Sozialdemokratie kund tue, sich vor dieses System zu stellen und es nicht ansetzen zu lassen, so leugne ich dabei keinen Augenblick, daß für uns als Sozialisten die Demokratie nicht die letzte und abschließende Phase der Entwicklung ist. Die Demokratie ist uns, in deren Herzen das Idealbild einer klassenlosen Gesellschaft eingegraben ist, einer Gesellschaft ohne Not, ohne Zwang und ohne Umwidmung, ein Uebergang zu dieser Gesellschaft. Wir wissen ganz gut, daß das, was uns von den Gegnern der Demokratie als Antipathie großer Massen gegen die Demokratie bezeichnet wird, in Wirklichkeit keine Verzeiwung an der Demokratie ist, sondern eine Verzweiflung am Kapitalismus. Der Kapitalismus ist am Ende. Die Menschen sind der Willkürherrschaft überdrüssig geworden. Eine Gesellschaft, die Millionen von fleißigen Händen nicht beschäftigen kann und die gleichwohl das rücksichtslose Profitstreben des einzelnen zum maßgebenden Faktor ihrer Wirtschaftsweise macht, ist gerichtet, ist nicht mehr haltbar. Die Menschen sind dieser Willkürherrschaft müde, sie wollen an die Stelle der Herrschaft der Sachen, der Produktionsmittel, über die Menschen, die der Kapitalismus begründet hat, die Herrschaft der Menschen über die Sachen setzen, die der Sozialismus will. Der viel geschmähte Marxismus, der hauptsächlich deshalb so angefeindet wird, weil die meisten seiner Feinde niemals eine Zeile von Marx gelesen haben, hat recht behalten. Die Kapitalisten haben Selbsterhaltungstrieb bewiesen. Die Einsichtigen unter ihnen sind sich klar darüber, daß das kapitalistische System im höchsten Maße gefährdet ist. Lesen Sie die Kassandrarufe, die der sehr kluge, dem kapitalistischen System treu ergebene Professor Bonn in der „Frankfurter Zeitung“ hat laut werden lassen, Artikel, in denen er dem Kapitalismus und seinen Vertretern mit vollem Ernst sagt: Sie

Ihr nicht imstande, alle Glieder der Gesellschaft zu ernähren, dann gefährdet ihr eure Herrschaft selbst, dann könnt ihr sie nicht aufrecht erhalten! Viele Männer in den kapitalistischen Reihen, die die ganze Größe der Gefahr erkannt haben, haben sich einer Partei verschrieben, oder richtiger eine Partei in Dienst genommen, die sich Arbeiterpartei und sozialistisch nennt, und die in Wirklichkeit der letzte Schußwoll des Kapitalismus ist.

Wir Sozialdemokraten wollen durch die Demokratie zum Sozialismus. Wir wollen die Demokratie in Deutschland so verankern, daß in diesem kerndemokratisch empfindenden Lande der Uebergang zum Sozialismus auf evolutionärem Wege, ohne Gewalt, möglich ist, und wir verleugnen damit unsere Treue zu Marx nicht. In den Briefen von Marx an Sorge aus den 50er Jahren findet sich der Satz: Ich glaube, daß in einem Lande mit einer so entwickelten Demokratie, wie sie in den Vereinigten Staaten von Amerika besteht, das Ziel des Sozialismus auf rein parlamentarischen Wege, ohne Kämpfe auf der Straße, zu verwirklichen ist. — So wollen wir Deutschland gestalten. Wir wollen die Sozialdemokratie zu einer so ungeheuren Macht in dem demokratisch fest gewurzten Deutschland bringen, daß nichts sich ihr widersetzen kann, wenn sie sich, wie das alte Gespensterschiff der Sage, daran macht, aus dem Gebälk der anderen Schiffe alles Eisen herauszuziehen, in diesem Falle die Arbeiter, im weitesten Sinne des Wortes, ohne deren Gefolgschaft keine größere Partei bestehen kann. So wollen wir die demokratischen Einrichtungen Deutschlands ausbauen. Die Gegner der Demokratie sind die Romantiker, die Impressionisten, die Phantasten der Politik. Wir aber wollen die mit Idealen erfüllten Realpolitiker sein und bleiben!

Grundbegriffe der Politik

Von **Friedrich Stampfer**, M. d. R., Chefredakteur
des „Vorwärts“.
Zweite, völlig überarbeitete Auflage.
Leinenband Mk. **4.50**, kartoniert Mk. **3.60**.

**Weiter
empfehlen
wir
Ihnen:**

- Staatsanwalt Dr. Hoegner, M. d. R.**, „Der Volks-
betrug der Nationalsozialisten“ Mk. —**20**
Adolf Schlucks, „Kampf dem Hakenkreuz“ Mk. —**20**
Fritz Naphtali, „Wirtschaftskrise und Arbeits-
losigkeit“ Mk. —**30**
Franz Künstler, M. d. R., „Kommunistische Kata-
strophenpolitik“ Mk. —**20**
Käthe Kern, „Frauen, entscheidet euch!“ Mk. —**20**
Staatsanwalt Dr. Hoegner, M. d. R., „Die Frau
im Dritten Reich“ Mk. —**20**
Adam Remmele, M. d. R., „Die Futterkrippe“ Mk. —**20**
Arthur Crispian, M. d. R., „ABC des Marxismus“ Mk. —**20**

Verlagskatalog auf Wunsch gratis!

J. H. W. Dietz Nachf., G. m. b. H., Berlin SW 68